

## „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - KAG M-V“ (Drs. 5/1490) DIE LINKE, 4. Juni 2008

- Der Gesetzentwurf beinhaltet eine Verlängerung der Festsetzungsfrist in § 12 für Beiträge nach § 9 Abs. 1 KAG bis zum 31.12.2010.
- Den Zweckverbänden soll die Möglichkeit gegeben werden, Beitragsbescheide nicht sofort zu erlassen, sondern die Satzungen zu überarbeiten.

**Peter Ritter, DIE LINKE:** „Herr Kollege Dr. Jäger, Herr Kollege Müller, sachlich betrachtet hätte der vorliegende Gesetzentwurf auch die Unterschriften der Koalitionsfraktionen tragen können. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die 2. Abwasserkonferenz am 8. April in Neukloster erinnern. ... In der weiteren Diskussion auf diesem Abwasserforum hat Kollege Dr. Jäger zum Ausdruck gebracht - und, wie ich meine, vollkommen zu Recht -, dass ihm das Datum 31.12.2008 Angst mache ...“ (Protokoll, S. 43)

**Innenminister Caffier, CDU:** „Anknüpfend an diese noch ausstehende Analyse legt die Fraktion DIE LINKE nun wieder einen Gesetzentwurf zur Änderung des KAG vor. Ähnliche Vorstöße der Linksfraktion, die auf eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes abzielen, hatte der Landtag, wie eben bereits schon erwähnt, in seinen Sitzungen am 19. September 2007 und am 13. Dezember 2007 abgelehnt. ... Es ist mittlerweile geradezu unverantwortlich, wie die Linksfraktion mit ihren ständigen Anträgen auf eine Gesetzesänderung zu suggerieren versucht, in dieser Frage sei noch vieles offen und noch alles möglich.“ (Protokoll, S. 44 f)

**Heinz Müller, SPD:** „Lieber Kollege Ritter, ein Kompliment muss ich Ihnen machen: Auf die Fraktion DIE LINKE ist Verlass. Sie hatten uns einmal angekündigt, dass es keine Landtagssitzung mehr geben wird, ohne einen Antrag zum Kommunalabgabengesetz. Sie halten Ihre Zusage und beglücken uns in jeder Sitzung mit einem neuen Antrag zu diesem Thema.“ (Protokoll, S. 45)

**Mattias Lietz, CDU:** „Ich erspare mir, jetzt noch einmal auf die Ausführungen meiner Vorredner einzugehen, die deutlich gemacht haben, wie oft wir uns schon mit dieser Themenstellung auf Grund der Anträge der Fraktion DIE LINKE beschäftigt haben. Ich möchte mich auch nicht der sachlichen und fachlichen Würdigung widmen. ... Ich sage es vorne weg: Wir werden Ihren Antrag, liebe Fraktion DIE LINKE, ablehnen.“ (Protokoll, S. 47)

**Dr. Armin Jäger, CDU:** „Wenn Sie das wollen, ist das sehr trickreich, aber diese Tricks machen wir nicht mit.“ (Protokoll, S. 51)

**Ergebnis: Eine Beratung des Gesetzentwurfes wurde bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, FDP und NPD sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.**

### Weitere parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE:

- Kleine Anfragen an die Landesregierung (z. B. P. Ritter, 4.4.07, „Handlungsbedarf bei Kommunalabgaben“, Drs. 5/342; T. Koplin, 20.2.08 „Auslastung vorhandener Abwasserentsorgungsanlagen und Gebührenentwicklung“, Drs. 5/1270
- Antrag „KAG-Runderlass evaluieren“ vom 28.11.07, Drs. 5/1054 (Berichterstattung über die Umsetzung der Hinweise und Empfehlungen des Innenministeriums zur Beitragserhebung).

*„Für die Fraktion DIE LINKE war, ist und bleibt es auch künftig legitim und sinnvoll, außerparlamentarischen Druck mit parlamentarischer Kritik und Initiative zu verbinden. Nur so kann es gelingen, ein bürgerfreundliches und sozial verträgliches Kommunalabgabengesetz auf den Weg zu bringen.“*  
(Peter Ritter, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag M-V, Frühjahr 2009)

Haben Sie Fragen, möchten Sie weitere Informationen oder haben Sie Vorschläge? Dann schreiben Sie uns.  
Fraktion DIE LINKE, AK Bürgerrechte/Demokratie/Innen-, Rechts- und Europapolitik, Lennéstr. 1, 19053 Schwerin



# Anschlussbeiträge

**VERSCHLUSSACHE**

## Was im Landtag bisher (nicht) geschah:

**Protokoll-Notizen** zu Gesetzentwürfen und anderen parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Seit Beginn des Jahres 2007 hat sich der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern intensiv mit Auswirkungen der Änderungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG), insbesondere auf die Anschlussbeitrags erhebung

im Rahmen der Abwasserentsorgung und Wasserversorgung beschäftigt.

Die vom Landtag 2005 einstimmig beschlossenen und auch von unserer Fraktion mitgetragenen Änderungen erwiesen sich zum Teil als praxisuntauglich bzw. ungerecht. Protestdemonstrationen vor dem Landtag, zahlreiche Petitionen und die Aktivitäten von Bürgerinitiativen haben gezeigt: Hier besteht Handlungsbedarf.

Auch daher sah und sieht sich meine Fraktion in der Verantwortung, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, diese zur Diskussion zu stellen und um notwendige Mehrheiten zu ringen.

Leider sind nahezu alle bisherigen Initiativen der Fraktion DIE LINKE von der SPD/CDU-Koalition abgelehnt worden, entgegen mitunter anders lautender öffentlicher Beteuerungen. Der Grund für diese Weigerung hat aber weniger mit Vernunft und Sachlichkeit zu tun: SPD und CDU haben zu Beginn ihrer Regierungszeit intern vereinbart, das KAG unter keinen Umständen zu ändern, es also nicht „zu öffnen“ für Änderungsvorschläge, es also als „Verschluss sache“ zu betrachten. Ergebnisse derartiger „Politik“ sollen die nachfolgenden Seiten dokumentieren.

Sollten Sie zu diesem Thema Anregungen, Vorschläge oder kritische Hinweise parat haben, lassen Sie es meine Fraktion wissen, denn sozialverträgliche Kommunalabgaben müssen möglich sein.

Peter Ritter  
innenpolitischer Sprecher

## KAG darf kein Tabu sein

Es ist an der Zeit, auch beim Thema Kommunalabgabengesetz einmal **öffentlich und deutlich Klartext zu reden**. Auf die Frage der Presse (SVZ, Bützower Zeitung, 15. September 2007), warum vernünftige Vorschläge zur Änderung des KAG von der Opposition und nicht von der Regierungskoalition kommen, hat ein Koalitionsvertreter die Katze aus dem Sack gelassen: **„Weil sich die Fachleute in der Regierungskoalition geeinigt hatten, das Päckchen KAG nicht mehr aufzumachen.“**

In diesem Sinne muss man in der Tat von einer **„Verschluss sache“ KAG** reden.

**Peter Ritter, DIE LINKE:** „Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungskoalition, **diese interne Festlegung**, das Kommunalabgabengesetz unter keinen Umständen zu novellieren, **ist erstens politikfeindlich**, denn Politik lebt von Alternativlösungen ... und diese Abmachung **ist zweitens demokratieschädlich**, denn sie unterbindet einen sachlichen Meinungsbildungsprozess.

Das sind keine ‚Sternstunden‘, wie der Innenminister die KAG-Verabschiedung von 2005 rückblickend bezeichnete, das sind schwarze Flecken in unserer Parlamentsgeschichte“. (30.01.2008, Protokoll, S. 26)

**Matthias Lietz, CDU:** „Und nun zu Ihnen, Herr Kollege Ritter, Parlamentarische Arbeit ist: Die Anwendung des KAG zu begleiten, Erfahrungen aufzugreifen und dann, wenn notwendig, zu ändern. Meine Damen und Herren, meine Fraktion wird Ihren Antrag ablehnen.“ (30.01.2008, Protokoll, S. 26)

**Diese sture Verweigerungshaltung ist unsozial und unverantwortlich.**

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE, im Landtag M-V, AK Bürgerrechte / Demokratie / Innen-, Rechts- und Europapolitik, Lennéstr. 1, 19053 Schwerin, V.i.S.d.P. Peter Ritter, März 2009

## „Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - KAG M-V“ (Drs. 5/812) DIE LINKE, 19. September 2007

- Der Gesetzentwurf will die gegenwärtige Beitragserhebungspflicht für den Bereich der Wasserversorgung durch eine Kann-Regelung ersetzen.
- Der Gesetzentwurf soll als Plattform dienen, weitere abgabenrechtliche Probleme zu thematisieren und im Landtag zu lösen.

### Peter Ritter, DIE LINKE:

„Rechtsfrieden bei der Problematik der Gebühren und Abgaben, bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und vor allem bei der Problematik der sogenannten Altanschießer haben wir nicht hergestellt. Zahlreiche Petitionen, Proteste, Briefe von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern machen dies deutlich.“ (Protokoll, S. 76)

### Innenminister Caffier, CDU:

„Insofern gelangte die Landesregierung in Übereinstimmung mit den Regierungsfractionen zu der Auffassung, dass keine Änderungserfordernisse am KAG auszumaachen sind.“ (Protokoll, S. 79)

### Peter Ritter, DIE LINKE:

„Herr Kollege Kokert, können Sie mir einen Grund nennen, warum ich einen einmal gemachten Fehler heute wiederholen soll? Wird dadurch die Situation besser oder sollte man nicht die Erkenntnisse, die man hat, dazu nutzen, die Situation zu verbessern?“ (Protokoll, S. 86)

### Vincent Kokert, CDU:

„Die Zeit ist weitergegangen, Herr Kollege Ritter, und deshalb kann man, wenn man Rechtssicherheit und Rechtsfrieden haben will, nur bei der jetzigen Regelung bleiben. ... Am besten, Sie ziehen diesen Antrag zurück und wir tun so, als wenn das hier niemals stattgefunden hat.“ (Protokoll, S. 86 f)

**ERGEBNIS:** Eine Beratung des Gesetzentwurfes wurde bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, einigen Stimmen aus der Fraktion der SPD, einer Stimme der Fraktion der CDU und Zustimmung der Fraktion der FDP sowie Gegenstimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt. (Protokoll, S. 90)